

Stadt will alternativen Wohnformen Raum geben

Landesweiter Projekttag: Auch auf dem Areal Fritsch-Kaserne solle es neue Varianten geben

Von unserem Mitarbeiter Reinhard Kallenbach

■ **Koblenz.** In vielen Städten steigen nicht nur Immobilienpreise und Mieten, auch die Vereinsamung von Menschen nimmt zu – und das nicht nur im Alter. Höchste Zeit, über alternative Wohnprojekte nachzudenken. Vor diesem Hintergrund wurden landesweit bereits 70 Initiativen gegründet, die zum Teil beachtliche Erfolge vorweisen können. Repräsentanten dieser Gruppen und Experten aus Wohnungsbaugesellschaften, Verwaltungen und Hochschulen, trafen sich am Freitag im Rathaus.

Vorträge, Diskussionen und vor allem Erfahrungsaustausch: Das ist der Mix des Wohnprojekttages Rheinland-Pfalz, dessen fünfte Auflage nun in Koblenz über die Bühne ging. Eingeladen hatte die rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Dabei gab es auch aus Koblenzer Sicht einige interessante Neuig-

keiten. Und die betrafen vor allem das Großprojekt, das auf dem Areal der Fritsch-Kaserne Wirklichkeit werden soll. Frank Hastenteufel ließ bei der Podiumsdiskussion am späten Freitagvormittag durchblicken, dass der städtebauliche Vertrag, der Voraussetzung ist, die Aufstellung eines Bebauungsplans für das 12,5 Hektar große Areal zu beschließen, in weiten Teilen steht.

Hastenteufel, Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und Bauordnung, überraschte mit der Aussage, dass die Möglichkeit, alternative Wohnformen zu realisieren, Teil dieses Vertragswerks ist. Damit ist nicht nur der Weg für Mehrgenerationenhäuser, sondern auch für Bewohnergemeinschaften frei, die auf der Niederberger Höhe leben wollen. Die Ankündigung kam zur rechten Zeit, denn die Stadt wird immer wieder dafür kritisiert, dass sie zu wenig für neue Wohnformen tut. Das Mehrgenerationenhaus auf dem Areal der ehemaligen Boelcke-Kaserne gilt nach

wie vor als Referenzprojekt – und das seit 2003. Dass seitdem nur wenig geschehen ist, begründet die Verwaltung vor allem mit dem Mangel an städtischen Grundstücken. Man braucht also aufgeschlossene Investoren. Allerdings ist auch die kommunale Koblenzer Wohnbau willens, etwas zu tun. Geschäftsführer Michael Siegel ließ durchblicken, dass man bei künftigen Projekten alternativen Wohnformen eine Chance gibt, wenn die Nachfrage da ist. Aktuell plant die stadteigene Gesellschaft 100 neue Wohnungen im Moselbogen und hat auch für den Bereich zwischen Steinstraße und Blücherstraße ganz konkrete Vorstellungen. Und auch im Bereich „Am Kratzkopfer Hof“ auf der Pfaffendorfer Höhe, wo die Wohnbau die Chance hat, ein bundeseigenes Grundstück zu erwerben, könnte ein weiteres Projekt entstehen.

Die Anwesenden vernahmen dies gern und meldeten sich zu Wort. Christine Holzing vom Verein Gemeinsam Wohnen, die sich seit mehr als 20 Jahren für Mehrgenerationenhäuser einsetzt, forderte vor allem Objekte, in denen die Mieten noch bezahlbar sind.



Die Boelckestraße mit ihren unterschiedlichen Wohnkonzepten, darunter auch ein Mehrgenerationenhaus, ist für die Stadt Koblenz bereits seit 2003 ein Referenz.

Foto: Reinhard Kallenbach

Und Nadine Schmitz, Geschäftsführerin von Modernes Wohnen erinnert daran, dass die Genossenschaft in der Gutenbergstraße zwei neue Mehrgenerationenhäuser hat bauen lassen. Hier gibt es auch Gemeinschaftsräume, die zwei Mietervereine betreiben und auch bezahlen. Wer einzieht, muss sich verpflichten, diesen Vereinen beizutreten.

Die Diskussion zeigte aber auch, dass in Koblenz eines fehlt: Kommunal gesteuerte Wohnprojekte, an deren Planung die künftigen Be-

wohner von Anfang an beteiligt werden können. In Köln und Bochum ist man da ein Stück weiter. Architektin Alina Skriva stellte Projekte vor, an denen Baugeinschaften zusammenarbeiten. Ergebnis: Häuser und Wohnungen mit gemeinsamen Infrastrukturen. Der Haken an solchen Projekten ist allerdings, dass sie meist nur von solchen Familien zu bewältigen sind, die Eigentum erwerben wollen. Und was tun interessierte Mieter? Sie könnten unter das Dach einer neu gegründeten Genossen-

schaft schlüpfen, wie Carolin Holzer am Beispiel von Mainz vorstellte. Doch die Dimensionen haben Grenzen: Von einem 35 Hektar großen Konversionsgebiet standen nur 3000 Quadratmeter für ein alternatives Projekt zur Verfügung. Das Beispiel zeigte: Das neue Wohnen fristet nach wie vor ein Nischendasein. Berit Harger von der eigens geschaffenen Mainzer Landesberatungsstelle will das ändern. Ihr Appell an die Anwesenden: Noch mehr für interessante Alternativen werben.